



Plastik von Jo Jastram für Rostock
Für einen Zweitguss von Jo Jastrams Plastik „Schreiender Hengst“ wird jetzt Geld gesammelt. **Seite 10**



IHRE REDAKTION

Redaktion: 0381/365 410
Leserservice: 0381/38 303 015
Anzeigen: 0381/38 303 016

**GUTEN TAG,
LIEBE LESER**



Klaus Walter
klaus.walter@ostsee-zeitung.de

*Unsere Jugend
kommt gut voran*

Machen Sie sich Sorgen um unsere Jugend? Ich nicht. Meinen Optimismus habe ich gestern zurückgewonnen, als ich in der Kröpeliner Straße zwei Mädchen sah, zehn, zwölf Jahre alt. Sie saßen auf Klappstühlen und spielten Gitarre. Zu hören war ihr Lied kaum. Zu laut der Straßenlärm, zu leise ihr Spiel. Vielleicht klappt es an anderer Stelle besser, dachte ich noch. Hinten, wo jetzt noch die Kosaken sangen, oder vorne, wo der Altrock rührte. Immerhin ein paar Gitarrentöne drangen durch. Die Mädchen lächelten die Vorbeigehenden an. Die lächelten zurück, und mancher legte ein Geldstück in die Schale, die die Mädchen nach Art professioneller Straßenmusiker vor sich aufgestellt hatten. Eine gute halbe Stunde später stand ich beim Bäcker an. Vor mir die beiden Mädchen, meckern die Nachbarn. Üben wir hier, gibt's fett Kohle."

**GESICHT
DER HANSESTADT**



Anita Opahle ist in Rostock geboren, aufgewachsen und „nie weg gewesen“, wie die 40-Jährige betont. Opahle arbeitet beim Reiseveranstalter Panoramica und schätzt an der Hansestadt die Nähe zur Ostsee. Auch die Größe Rostocks gefällt ihr: „Die Stadt ist nicht zu groß und nicht zu klein.“ In ihrer Freizeit besucht sie Theater und Kino. Ihre Leidenschaft ist der Bauchtanz. Einmal die Woche trainiert sie. Opahle: „Ich bin auch schon bei Geburtstagsfeiern aufgetreten.“

Foto: André Wornowski

Aus der Sitzung der Bürgerschaft: Weichenstellung zu Wasserversorgung und zum Iga-Park



Erfolgreiche Demo: Drei Aktivisten werben vor dem Rathaus für eine sofortige Kündigung des Vertrages mit Eurawasser.

Foto: Ove Arscholl

Aus für Eurawasser: Hansestadt kündigt Vertrag

Die Bürgerschaft beschließt die Rekommunalisierung der Wasserversorgung. Dabei forderte die Mehrheit der Eurawasser-Beschäftigten eine Vertagung der Entscheidung.

Von André Wornowski

Stadtmitte – Applaus im Rostocker Rathaus: Besucher der gestrigen Bürgerschaftssitzung klatschen, als die Stadtvertreter mit großer Mehrheit die Rekommunalisierung der Trinkwasserversorgung beschließen. Der im Jahr 2018 auslaufende Vertrag mit Betreiber Eurawasser Nord wird fristgerecht gekündigt. Möglich ist sogar ein vorzeitiger Ausstieg des Unternehmens. „Eine Einigung ist hier durchaus denkbar“, sagt CDU-Fraktionschef Frank Giesen. Die Stadt hofft auf Mehreinnahmen in Höhe von rund 5,5 Millionen Euro pro Jahr. Trinkwasserkunden könnten mit zehn Prozent geringeren Kosten rechnen, argumentieren die Rostocker Versorgungs- und Verkehrsholding (RVV) und der Zweckverband WWAV. Sie sollen Gesellschafter einer neu zu gründenden Nordwasser GmbH sein.

Doch Eurawasser bezweifelt die Zahlen. In einem Schreiben an Oberbürgermeister Roland Methling (UFR) forderte der Betreiber ein unabhängiges Gutachten über

mögliche Gewinne. Bisher trugen Stadt und Eurawasser jeweils eigene Rechnungen vor. Auch die Mehrzahl der Beschäftigten des Unternehmens kämpften für eine unabhängige Prüfung.

287 von rund 400 Mitarbeitern unterzeichneten einen offenen Brief an die Bürgerschaft, der die Überschrift „In Sorge“ trägt. Die Auswirkungen der Kündigung seien „auf uns Beschäftigte der gesamten Eurawasser Nord GmbH zum heutigen Zeitpunkt nicht ausreichend erkennbar“, heißt es in dem Schreiben. Die Mitarbeiter berichten von „Unmut“ und „Unzufriedenheit“. Schließlich gehe es um die Zukunft ihrer Familien. Den Beschäftigten fehle ein sachlich fundiertes Gesamtkonzept, das der

Entscheidung der Bürgerschaft zugrunde liegen müsse. Dazu gehöre auch ein „schlüssiges Personalkonzept“, betonen die Mitarbeiter.

Die Eurawasser-Beschäftigten warnten vor der gestrigen Sitzung vor einem „Schnellschuss“ – und forderten eine Vertagung der Entscheidung. Schließlich sei eine fristgerechte Kündigung noch bis Mitte 2016 möglich.

Auch die FDP und Teile der CDU setzten sich für ein unabhängiges Gutachten ein. „Die einen legen diese Zahlen vor, die anderen jene. Doch welche sind die richtigen?“, fragte CDU-Fraktionschef Giesen. Ulrich Seidel von der FDP verwies auf die „Komplexität des Themas“.

Für Sybille Bachmann (Rostocker Bund) gibt es dagegen kei-

ne Zweifel an der Rechnung von RVV und WWAV: „Für die Stadt ist die Stadt am unabhängigsten“, sagte sie. Alles sei ausführlich dargestellt worden. Zudem würden betriebsbedingte Kündigungen nicht zur Debatte stehen. Das unterstreicht auch OB Methling. Nach einem Gespräch mit dem Betriebsrat am Montag beschließt die Bürgerschaft am Ende, dass betriebsbedingte Kündigungen für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus ausgeschlossen werden.

Damit ist auch ein Bürgerentscheid über die Rekommunalisierung der Wasserversorgung vom Tisch. Die Mehrheit der Stadtvertreter lehnt die SPD-Idee ohnehin ab. Grund: Das Innenministerium hält den Vorschlag für unzulässig.

●● Die einen legen diese Zahlen vor, die anderen jene. Doch welche sind die richtigen?“



Frank Giesen, CDU-Fraktionschef

●● Alles ist ausführlich dargestellt. Außerdem stehen Kündigungen nicht zur Debatte.“



Sybille Bachmann, Rostocker Bund

●● Die Beschäftigung für die Mitarbeiter von Eurawasser wird fünf Jahre garantiert.“



Roland Methling, Oberbürgermeister

Bürgerschaft unterstützt Erhalt der Alten Zuckerfabrik

Stadtmitte – Die Rostocker Stadtvertreter befürworten den Erhalt der Alten Zuckerfabrik. Die Bürgerschaft stimmte gestern für entsprechende Anträge von Grünen, Linken und dem Ausschuss für Stadtentwicklung. Oberbürgermeister Roland Methling (UFR) soll die Zulässigkeit der Alten Zuckerfabrik als Veranstaltungsort prüfen.

In Brinckmansdorf ist eine Debatte über das Kulturzentrum entbrannt (die OZ berichtete). Auslöser war 2013 eine Party. 30 Anwohner beschwerten sich über die Lautstärke. Daraufhin solidarisierten sich mehr als 4100 Menschen in einer Petition mit Zuckerfabrik-Betreiber Martin Hänler. Noch darf der 29-Jährige Konzerte und Veranstaltungen organisieren. Planungsrechtlich sei das zulässig, sagt Karl Scheube (SPD), Vorsitzender des Ortsbeirates. Doch es gibt baurechtliche Bedenken. Hänlers bisheriger Bauantrag lautet „Gaststätte mit seltenen Ereignissen“. Es läuft ein Genehmigungsverfahren.

Grüne und Linke heben die Bedeutung des Kulturstandortes hervor: „Die Konzerte treffen auf überregionale Resonanz“, sagt Susan Schulz (Grüne). Daneben würden Proberäume, Ausstellungen und eine Kunstwerkstatt angeboten. Dabei arbeite die Alte Zuckerfabrik „unabhängig von öffentlichen Fördermitteln“, betont Schulz. Und das „mit großem Engagement“. Gleichzeitig seien Standorte solcher Kulturzentren stets mit Beeinträchtigungen verbunden. Daher gebe es in Rostock auch nur wenige geeignete Plätze. Die Lage der Alten Zuckerfabrik biete dabei noch „vergleichsweise günstige Voraussetzungen“. Laut Eva-Maria Kröger (Linke) ist eine Lösung bereits in Sicht. Betreiber und Anwohner bemühten sich um ein „konstruktives Miteinander“. aw

SPD fordert Ernennung des Finanzsenators

Stadtmitte – Die SPD drängt weiter auf die Ernennung ihres Parteikollegen Chris Müller zum Finanzsenator. Für einen entsprechenden Antrag stimmte gestern eine Mehrheit der Bürgerschaft aus SPD, Linken und Grünen. Müller war Ende Januar zum zweiten Mal zum Senator gewählt worden. Oberbürgermeister Roland Methling (UFR) hat jedoch rechtliche Bedenken und prüft einen Widerspruch. Laut Sybille Bachmann (Rostocker Bund) sei der SPD-Antrag hinfällig. Die Bürgerschaft dürfe rechtlich gesehen erst reagieren, wenn der OB gehandelt hat. Müller könne sich aber vor Gericht einklagen. aw

Iga-Park: Politiker drängen OB zum Handeln

Die Bürgerschaft stimmt für die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes. Doch Methling bleibt skeptisch.

Stadtmitte – Die Bürgerschaft setzt Oberbürgermeister Roland Methling (UFR) unter Druck. Gestern haben die Stadtvertreter beschlossen, dass der OB das Iga-Park-Entwicklungskonzept umsetzen soll. Dazu gehören die Gründung einer Arbeitsgruppe und die Erstellung eines Finanzierungsplans. Schließlich sollen in den Neubau eines Schifffahrtsmuseums und die Umgestaltung des Parks mehr als 20 Millionen Euro fließen. Doch Methling lehnt das weiter ab.

Der OB warnt vor der „Vergeudung von Steuermitteln“. Zwar habe die Internationale Gartenschau

2003 in Rostock der Stadtentwicklung einen Impuls gegeben. Gleichzeitig hätte sie jedoch auch für ein „finanzielles Desaster“ gesorgt, „das uns bis heute verfolgt“. Methling verweist auf 170 Millionen Euro Schulden, die bei seiner Amtsübernahme 2005 auf der Stadt lasteten. Bei Investitionen wie in den Iga-Park müsse ein Ertrag von drei bis vier Prozent herauspringen. „Stattdessen zahlen wir jedes Jahr vier Millionen Euro“, sagt der OB.

Der frühere Finanzsenator Neßelmann (CDU) weist dies jedoch als Falschdarstellung zurück. Die Kosten des Iga-Parks würden „nur ei-

nen kleinen Teil“ der Schulden ausmachen. SPD-Vertreter Erhard Sauter fordert daher vom OB eine Übersicht, wie sich die 170 Millionen Euro zusammensetzen.

Der Ortsbeirat Schmarl ist empört. Nachdem Methling die Gegend einst als „Walachei“ bezeichnete, sehen sich die Anwohner nun erneut diskreditiert. Vor allem der Satz Methlings, dort nicht noch einmal 20 Millionen Euro zu versenken, wurmt den Ortsbeirat. Zumal der IGA erhebliche Profiteure hätten. So habe der Standort eine sehr gute Infrastruktur bekommen, heißt es

in einem offenen Brief. Die Hansemesse schreibe kontinuierlich Erfolgsgeschichte – zuletzt habe die Ostseemesse einen neuen Besucherrekord gemeldet. Der Ortsbeirat erinnert auch an den neuen S-Bahnhof, an dem sogar Fernzüge halten könnten. Oder an die „vorzügliche Verkehrsanbindung zu den Autobahnen A 19 und A 20“. Auch Wohnungsfirmer hätten viel investiert – die stetig wachsenden Einwohnerzahlen in Schmarl und Groß Klein würden die Richtigkeit bestätigen. Das Entwicklungskonzept sei nun ein weiterer wichtiger Baustein. André Wornowski

Weiter Parkverbot für Geschäftsleute

Stadtmitte – Gewerbetreibende und Freiberufler erhalten weiter keine Ausnahmegenehmigung für das Parken in Wohngebieten in Kröpeliner-Tor-Vorstadt, Stadtmitte oder Warnemünde. Ein entsprechender CDU-Antrag scheiterte in der Bürgerschaft. Das Gesetz verbiete die Ausnahmeregelungen. Die Parksituation soll jedoch untersucht werden. Ab 2015 könnte es eine Lösung geben. aw

LOKALES WETTER

vormittags: heiter 4° Min
nachmittags: wolkig 9° Max

NIEDERSCHLAGSRISIKO
0% 0%

WIND
W 2 O 2
S 8 km/h S 9 km/h

SONNE & MOND
auf: 6.49 unter: 17.58
auf: 8.56 unter: 17.58

MORGEN
heiter 12°